

VERBAND ENTWICKLUNGSPOLITIK NIEDERSACHSEN 2024

POSITIONEN

EINE WELT IN NIEDERSACHSEN

Namibia Allee

Koloniale Kontinuitäten in Niedersachsen

Dekoloniales Engagement: lokal und global

Schulden als neokoloniales Machtinstrument

Kritischer Blick auf Fluchtursachen

Liebe Leser*innen,



diese VEN-Positionen erscheinen 140 Jahre nach der Berliner Afrika-Konferenz, bei der die europäischen Großmächte, die USA und das Osmanische Reich ohne Beteiligung und Berücksichtigung afrikanischer Perspektiven ihre Besitzansprüche auf dem afrikanischen Kontinent beschlossen. In den Jahren danach besetzten europäische Mächte fast den gesamten afrikanischen Kontinent – ebenso wie sie es zuvor schon in Amerika und Asien getan hatten. Auch Deutschland spielte beim „Scramble for Africa“ eine gewichtige Rolle.



Die Auswirkungen dieser Geschichte sind bis heute spürbar. Koloniale Kontinuitäten und rassistische Weltbilder,

die in jener Zeit geformt wurden, wirken fort – in ungleichen globalen Machtverhältnissen, der ständigen Verfügbarkeit ehemaliger Kolonialwaren, in Straßennamen, Denkmälern und vielem mehr. Dennoch bleibt diese Zeit für viele Menschen in der weißen deutschen Gesellschaft weitgehend unbekannt oder wird als „nicht so schlimm wie bei anderen Kolonialmächten“ abgetan.

Dabei ist es längst überfällig, dass wir uns als Gesellschaft dieser Vergangenheit stellen. Es liegt eine große Chance darin, kolonial geprägtes Wissen zu verlernen und neue Perspektiven zu erlernen. Diese Auseinandersetzung bedeutet nicht nur Aufarbeitung, sie ist auch eine Grundlage für globale Gerechtigkeit, die dem VEN schon seit seiner Gründung am Herzen liegt.

Seit 2023 haben wir in enger Zusammenarbeit mit unserer Fachstelle Migration und Partizipation die Zusammenarbeit und Vernetzung mit migrantischen Vereinen in den Fokus gestellt. Darüber entwickelte sich auch die Arbeit zum Thema koloniale Kontinuitäten weiter. Ein Ergebnis dieser Arbeit ist unser Fachtag am 16.11.24. Dieser widmete sich dem Thema Fluchtursachen und Kolonialgeschichte und hat deutlich gezeigt, dass das Thema Flucht nicht ohne den geschichtlichen Hintergrund zur Kolonialzeit betrachtet werden kann. Die Veranstaltung entstand in enger Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, insbesondere BIPOC-Organisationen* (Black, Indigenous, People of Color) und war ein wichtiger Schritt zur Vernetzung und Sichtbarmachung vielfältiger Perspektiven. Mit dieser Ausgabe der Positionen stellen wir einige Fach-Beiträge der Tagung vor.

Wir laden Sie ein, mit dieser Ausgabe der „Positionen“ genauer hinzuschauen. Gemeinsam wollen wir Diskurse beleuchten, koloniale Strukturen sichtbar machen und Denkmuster hinterfragen – im Alltag wie in großen gesellschaftlichen Zusammenhängen. Denn nur so können wir Strukturen verändern und eine gerechtere Zukunft gestalten.

Katrin Beckedorf
Geschäftsführung

Adriana Pomba
Vorstandsmitglied

»ven POSITIONEN

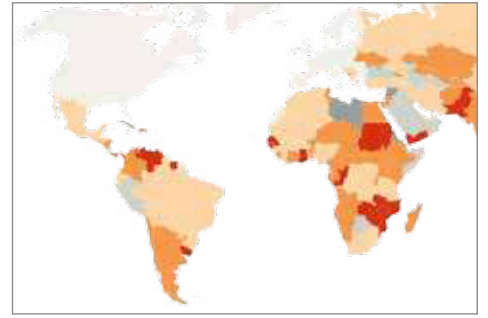
»ven VERBAND
ENTWICKLUNGSPOLITIK
NIEDERSACHSEN e.V.

Niedersachsen **entwickeln**
für Eine Welt

Herausgeber Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen e.V., Hausmannstr. 9 - 10, 30159 Hannover, 0511-391650, info@ven-nds.de, www.ven-nds.de **Redaktion** Katrin Beckedorf (verantwortlich) **Redaktionsteam** Lukas Mudrack, Mana Atiglo, Sören Barge **Bilder** 24zwoelf.de S.1; afrika.info/Monika Sturmer S.17; brauers.com S.18-1; Jan de Vries S.18-2; Wilma Nyari, S.4; VOA (commons.wikimedia.org) S.5; Hp.Baumelerz (commons.wikimedia.org) S.11-1; Planet Labs, Inc. (commons.wikimedia.org) S.11-2; Schuldenreport 2024 (erlassjahr.de) S.6; VEN S.14, 15, 16, 19; Bilder Autorinnen: Privat. **Grafik** 24zwoelf.de **Druck** Die Umweltdruckerei, Hannover (Klimaneutral auf Recyclingpapier) **Auflage** 750 **Hannover** **Dezember 2024**

Gefördert durch das Land Niedersachsen

Eine **größere Stückzahl** der POSITIONEN kann gegen Übernahme der Portokosten in der VEN Geschäftsstelle bestellt werden.



KEIN ABGESCHLOSSENES KAPITEL

4 Koloniale Kontinuitäten: Die Säulen von Gewalt und Ideologie

Wilma Nyari (Dekolnordwest)

NEUE DYNAMIKEN VERSUS KOLONIALITÄTEN

6 Motive westlicher Politik und Reaktionen im Globalen Süden

Abdou-Rahime Diallo (Diaspora Policy Interaction)

HISTORISCHE UND AKTUELLE ZUSAMMENHÄNGE

8 Schulden als neokoloniales Machtinstrument

Malina Stutz (erlassjahr.de)

DIE DUNKLE SEITE DER SAUBEREN ENERGIE

11 Grüner Kolonialismus und das Rennen um Wasserstoff und Lithium

Dr. Javier Lastra-Bravo (Centre for Atlantic and Global Studies)

RÜCKBLICK AUF DAS VEN-NETZWERK-MEETING

14 Kritischer Blick auf Fluchtursachen Neue Ideen für mehr Gerechtigkeit weltweit

Mana Atiglo, Lukas Mudrack (VEN e.V.)

STATEMENTS VON TEILNEHMER*INNEN

16 Flucht und Kolonialismus: Wie hängt das zusammen?

Sören Barge (VEN e.V.)

AUSTAUSCH UND KOOPERATION IN NAMIBIA

17 Das Swakopmund Genocide Museum

Laidlaw Peringanda, Ningiree Kauvee (Swakopmund)
Katharina Hoffmann (Oldenburg)

AUS DER LANDESREGIERUNG

18 Die koloniale Vergangenheit und ihre Folgen stärker ins Bewusstsein rücken!

Lena Nzume (Bündnis 90/Die Grünen),
Stefan Politze (SPD)

NEUE INTERAKTIVE AUSSTELLUNG

19 Das Dinner: Ein dekoloniales Tischgespräch

Lukas Mudrack (VEN e.V.)

Koloniale Kontinuitäten: Die Säulen von Gewalt und Ideologie

Die koloniale Geschichte Europas ist kein abgeschlossenes Kapitel, sondern prägt bis heute viele Lebensrealitäten von BIPOC (Black, Indigenous, and other People of Color) weltweit. Auch in Niedersachsen finden sich zahlreiche Beispiele für koloniale Kontinuitäten, die auf zwei grundlegenden Aspekten beruhen: Gewalt und Ideologie. Während die physische Gewalt des Kolonialismus oft sichtbar und offensichtlich ist, bleibt die ideologische Rechtfertigung subtiler und erfordert eine tiefere Auseinandersetzung.

Die Säule der Gewalt wird schon zu Beginn der europäischen Kolonialgeschichte ab dem 14. Jahrhundert deutlich, insbesondere durch gewaltsame Eroberungen, die vor allem der Bereicherung dienten. Dabei ging es nicht nur um die systematische Ausbeutung

fremder Länder und ihrer Bevölkerungen, sondern auch um den Aufbau neuer Handelsrouten, die den europäischen Königshäusern zugutekamen. Diese Handelsbeziehungen gingen oft mit der gewaltsamen Unterwerfung und Versklavung der einheimischen Bevölkerungen einher.

Ein Netzwerk entstand, das Städten wie Hamburg, Bremen und den niedersächsischen Küstenstädten durch die Ausbeutung der Kolonien zu wirtschaftlichem Wohlstand und unvorstellbarem Reichtum verhalf. Zeugnisse dieser Eroberungen finden sich bis heute in niedersächsischen Museen. Doch das ist nur ein Teil der Geschichte. Der andere Teil – wie diese Objekte ihren Weg in die Archive und Museen fanden – bleibt oft unerwähnt.



Debatte um Erinnerungspolitik: Wer erzählt Geschichte – wo, wie, was und wann?
Wilma Nyari: Geschichte erfordert einen Perspektivwechsel!

Die Säule der Ideologie

Die Europäer*innen bezeichneten sich selbst als ‚zivilisiert‘ und werteten die von ihnen unterworfenen Völker als ‚unzivilisiert‘ ab. Solche ideologischen Rechtfertigungen waren ab dem 16. Jahrhundert notwendig, um die Brutalität und Ausbeutung des Kolonialismus moralisch zu legitimieren und gegenüber der eigenen Bevölkerung zu verschleiern. Ab dem 18. Jahrhundert verstärkte der Einfluss der Aufklärung – vertreten durch Denker wie David Hume, Immanuel Kant und Georg Wilhelm Friedrich Hegel – diese Rechtfertigungen, indem pseudowissenschaftliche und philosophische Kategorien geschaffen wurden. Diese ordneten Menschen in hierarchische „Rassen“ ein und verfestigten rassistische Denkmuster, die bis heute nachwirken.

Ab dem späten 19. Jahrhundert richteten die deutschen Kolonialbehörden in Afrika Konzentrationslager ein, die zu Orten extremer Gewalt und systematischer Unterdrückung wurden. In diesen Lagern wurden grausame medizinische Experimente an der Schwarzen Bevölkerung durchgeführt, die häufig tödlich endeten. Ein bekanntes Beispiel ist der deutsche Mediziner Robert Koch, dessen Experimente, etwa mit Tuberkulosemitteln, nicht nur wissenschaftlich fragwürdig, sondern oft lebensgefährlich waren und zahlreiche Todesopfer forderten.

Koloniale Kontinuitäten und Ideologien haben Auswirkungen bis in die Gegenwart

Die kolonialen Kontinuitäten, die auf den Säulen von Gewalt und Ideologie basieren, hinterlassen bis heute ihre Spuren in unserer Gesellschaft. Norddeutschland, mit seinen bedeutenden Handelszentren, ist stark vom Kolonialismus geprägt. Die Geschichte des Handels mit Gütern wie Tee, Kaffee und Gewürzen hat die regionale Identität gestaltet und hat bis heute Auswirkungen auf die Wahrnehmung von wirtschaftlichem Erfolg und kulturellem Austausch. Diese kolonialen Denkmuster wirken bis heute nach und beeinflussen die globale Wirtschaftsstruktur.

Die geographische Lage Norddeutschlands bringt neben wirtschaftlichen Aspekten auch militärische Relevanz mit sich. Historisch waren die Küstenregionen Schlüsselpositionen zur Verteidigung Deutschlands und seiner Handelsinteressen. Diese militärische Dimension hat nicht nur die Landschaft – mit ihren Hafenstädten und Verteidigungsanlagen – geprägt, sondern auch das Leben der dort lebenden Menschen. Ein kollektives Bewusstsein für die eigene Verwundbarkeit und gleichzeitig den Stolz auf wirtschaftliche Errungenschaften hat sich über Generationen entwickelt.

Die Aufarbeitung kolonialer Geschichte: Ein Perspektivwechsel für Deutschland

Die Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit ist ein essentielles Unterfangen, das nicht nur die gesellschaftliche Debatte bereichern, sondern auch einen tiefgreifenden Perspektivwechsel in der deutschen Wahrnehmung von Rassismus und Diskriminierung bewirken kann. Um diese komplexe Aufgabe zu bewältigen, sind unterschiedliche Maßnahmen seitens der politischen Entscheidungsträger*innen erforderlich, die eine nachhaltige Verankerung des Themas in Deutschland ermöglichen.

Ein grundlegendes Element dieser Aufarbeitung ist die wissenschaftliche Forschung. Sie liefert die nötigen Erkenntnisse, die es ermöglichen, Prozesse im zivilen Kontext zu initiieren. Durch gezielte Studien können die Strukturen von kolonialem Denken und Handeln aufgedeckt werden. Diese Daten sind nicht nur wichtig für akademische Zwecke, sondern auch für die Aufklärung der breiten Öffentlichkeit.

Besonders wichtig ist die Rolle von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, vor allem von denen, die direkt vom Kolonialismus betroffen sind. Sie leisten einen wesentlichen Beitrag, indem sie ihre Zeit und Expertise einbringen, um das Thema in die Gesellschaft zu tragen und ein Bewusstsein für die anhaltenden Auswirkungen des Kolonialismus zu schaffen. Dabei geht es nicht nur um die historische Aufarbeitung, sondern auch um die aktive Auseinandersetzung mit den bestehenden Strukturen von Rassismus, Diskriminierung und Machtungleichgewichten, die noch heute in vielen Bereichen der Gesellschaft fortwirken.

Es ist jedoch entscheidend, dass diese Arbeit dauerhaft und nachhaltig unterstützt wird. Dafür müssen kontinuierliche Mittel bereitgestellt werden, die in den Haushalten von Bund und Ländern verankert sind. Die Politik trägt eine zentrale Verantwortung, sicherzustellen, dass die Aufarbeitung kolonialer Kontinuitäten nicht nur einmalige Initiativen bleiben, sondern eine langfristige und integrale Aufgabe der Gesellschaft wird. Nur so kann ein wirklicher Abbau von rassistischen und diskriminierenden Strukturen sowie eine Veränderung der Machtverhältnisse in der Gesellschaft erreicht werden.

Schlussfolgerung: Überwindung kolonial geprägten Denkens

Die Ausarbeitung der kolonialen Geschichte in Deutschland steht am Anfang eines wichtigen Prozesses, der weitreichende Auswirkungen auf unsere heutige und die nachfolgenden Generationen haben kann. Durch gezielte Forschungsförderung, ein starkes Engagement der Zivilgesellschaft und einen offenen Dialog über Rassismus und Diskriminierung kann ein bewusster und respektvoller Umgang mit der eigenen Geschichte gefördert werden. Nur so kann ein echter Perspektivwechsel stattfinden, der die Grundlage für eine gleichberechtigte Zusammenarbeit mit dem Globalen Süden bietet. Der Weg zu einer gleichberechtigten Partnerschaft zwischen dem Globalen Süden und dem Globalen Norden ist ein Lernprozess, der Zeit fordert. Es ist wichtig, kolonial geprägtes Denken und Handeln sowohl in der Gesellschaft als auch in der deutschen „Entwicklungspolitik“ zu erkennen und aktiv zu überwinden. Dieser Prozess umfasst nicht nur eine kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichtserzählung, sondern auch die Entwicklung neuer, inklusiver Ansätze, die die Stimmen und Perspektiven des Globalen Südens einbeziehen.



Wilma Nyari, Aktivistin und Künstlerin beim Netzwerk Dekolnordwest, engagiert sich auf kommunaler und bundesweiter Ebene gegen Rassismus und Diskriminierung, berät BIPOC und setzt sich für die Sichtbarkeit vielfältiger Perspektiven ein. (www.dekol-nordwest.de)

Motive westlicher Politik und Reaktionen im Globalen Süden

Die Europäische Union betrachtet, laut Artikel 2, als ihre Grundwerte: die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit sowie die Wahrung der Menschenrechte, einschließlich der Rechte von Personen, die Minderheiten angehören. Ähnliche Grundwerte lassen sich in allen Verfassungen westlicher Staaten finden. Westliche Staaten beteiligten sich zudem maßgeblich an der Gründung entsprechender Institutionen, wie z.B. die Vereinten Nationen (24. Oktober 1945, San Francisco, USA) oder Amnesty International (28. Mai 1961, London, U.K.) und nicht zuletzt dadurch gelang es ihnen weltweit als Hüter dieser Werte aufzutreten. Doch aus globaler Süd-Perspektive hat der Ruf des Westens besonders in vier Politikbereichen tiefe Risse bekommen: 1. die immer restriktivere Migrations- und Asylpolitik,

2. das Erstarren rechtsextremer und rechtspopulistischer Haltungen in der Politik vieler westlicher Länder, 3. die als kolonial und einseitig kritisierte Außen- und Sicherheitspolitik und 4. die als repressiv und kolonial wahrgenommene Wirtschafts- und Handelspolitik.

Der dekoloniale Wind of Change

Vor diesem Hintergrund wird der Westen, besonders in Kreisen junger und progressiver Aktivist*innen in den Ländern mit Kolonialerfahrung, mit Okzidentalismus und Kolonialitäten verbunden. Okzidentalismus ist eine Ideologie, die beschreibt, wie Europa und seine Ableger (Nordamerika, Australien, etc.) die gesamte Welt in den letzten 600 Jahren für ihre eigenen Zwecke kolonisiert und ausgebeutet haben und alles dafür



Bamako, Mali 2028: Antikoloniale Protestbewegungen in Westafrika und in Ländern des Sahel richten sich immer entschiedener gegen die Politik des Westens, besonders gegen die Frankreichs, die als koloniale Kontinuität wahrgenommen wird.

tut, dies auch in den nächsten 600 Jahren weiter tun zu können. Antikoloniale Protestbewegungen in Westafrika und in Ländern des Sahel richten sich immer entschiedener gegen die Politik des Westens, besonders gegen die Frankreichs, die als koloniale Kontinuität wahrgenommen wird. Die landesweiten Demonstrationen in Mali im Februar 2022 dienen hier als bemerkenswertes Beispiel. In allen Städten demonstrierten Massen von Menschen tagelang und skandierten alle ein und dieselben Forderung: Schluss mit dem Kolonialismus des Westens! Getragen wurde dieser dekoloniale Wind of Change insbesondere von jungen Aktivist*innen und erfasste nicht nur den afrikanische Kontinent. Über das Internet und Social Media Plattformen wurde er von Aktivist*innen-Gruppen in Mittel- und Südamerika und Asien aufgegriffen, weitergetragen und verstärkt. Süd-Süd-Netzwerke wurden geknüpft, die nicht nur zivilgesellschaftliche Kreise in aller Welt inspirierten. Auch mehrere Regierungen und supranationale Organisationen im Globalen Süden nahmen den Protest auf und trugen ihn aktiv mit.

Kolonialrassistische Kontinuitäten in der Migrations- und Asylpolitik

Im Zentrum des dekolonialen Protests steht besonders die Migrations- und Asylpolitik der EU, die für die vielen Tode im Mittelmeer und in der Sahara verantwortlich gemacht wird. Im Frühjahr 2021 kursierten Videos junger Geflüchteter aus Guinea, Mali und Senegal, die in der Sahara an Durst, Entkräftung zugrunde gingen. Sie seien von nordafrikanischen Sicherheitskräften beraubt und in die Irre geführt worden, die von der EU Grenzschutzorganisation FRONTEX ausgebildet und mitfinanziert worden waren, hieß es. Gleichzeitig häufen sich Bilder und Videos, auf denen zu sehen ist, wie Boote der ebenfalls mit FRONTEX zusammenarbeitenden Küstenwachen nordafrikanischer Staaten Schlauchboote voll mit Geflüchteten überfahren und zum Kentern bringen, oder wie an EU-Außengrenzen immer brutaler mit Geflüchteten Menschen umgegangen wird. Als in der Folge des Ukrainekrieges Geflüchtete afrikanischer Abstammung aus rassistischen Motiven an der Flucht und Ausreise gehindert, drangsaliert und verfolgt wurden und an den EU-Grenzen Racial Profiling erlebten, während weiße Ukrainer*innen mit viel Zuwendung, Schutz und Anteilnahme empfangen wurden, verstärkten sich im Globalen Süden die Überzeugung einer auf Kolonialitäten beruhenden, rassistischen Politik des Okzidents. Als Antwort hierauf sind wachsende Widerstände gegen westliche Politik zu verstehen, die sich nun auch gegen die Präsenz westlicher Truppen, die im Rahmen von Missionen, wie z.B. die Operation-Barkhane oder MINUSMA im Sahel stationiert waren, richteten.

Neue Dynamiken versus Kolonialitäten

In dieser Dynamik entstanden mehrere politische Protestbewegungen und Netzwerke, die von Politiker*innen und Aktivist*innen wie Kemi Seba (Benin), Ndeye Sow (Senegal), Patrick Loch Oti-eno Lumumba (Kenia), Arikana Chihombori-Quao (Zimbabwe und Ständige Vertreterin der Afrikanischen Union in den USA) gegründet und geführt wurden. Auf der Konferenz des AfCFTA (African Continental Free Trade Area) entlarvte Kenias Staatspräsident Ruto die Vormachtstellung des Dollars als einen der Hauptgründe für strukturelle Armut, Wirtschaftskrisen und forcierte Migration. Er forderte die Nutzung eigener nationaler Währungen für den

bi- und multilateralem Handel in Afrika. Eins der Kernanliegen von Aktivist*innenkreisen in Staaten des Sahel und Westafrikas ist die Abschaffung der als kolonial eingestuften Währung Franc CFA und die Einführung einer panafrikanischen Währung.

Die Auswirkungen okzidentaler Wirtschaftspolitik, insbesondere des Rohstoffhandels im Rahmen der Freihandelsabkommen wie EPA (Economic Partnership Agreements) oder des G20-Compact-with-Africa lieferten weitere Argumente für die Vertiefung dekolonialer Haltungen nicht nur in aktivistischen Kreisen oder weiten Teilen der Zivilgesellschaft, sondern auch in politischen Ebenen.

Bemerkenswert ist, wie wenig im Westen Notiz von diesem eklatanten Paradigmenwechsel genommen wurde. Vielen politischen Kreisen im Westen ist nicht bewusst, dass sich in vielen Ländern des Globalen Südens besonders junge und progressive Aktivist*innen, also die zukünftigen Kooperationspartner*innen von heute und morgen, abwenden und immer weniger Vertrauen in eine Zusammenarbeit mit dem Westen setzen. Sie wenden sich nun offen Kooperationspartnern zu, zu denen keine kolonialen Erfahrungen bestehen, wie z.B. China, Russland, die Türkei, Indien und Brasilien.

Welche Erkenntnisse und Empfehlungen ergeben sich aus diesen kritischen Entwicklungen für Globale Partnerschaften? Wie können zukünftige Zusammenarbeit und Kooperation gestaltet werden?

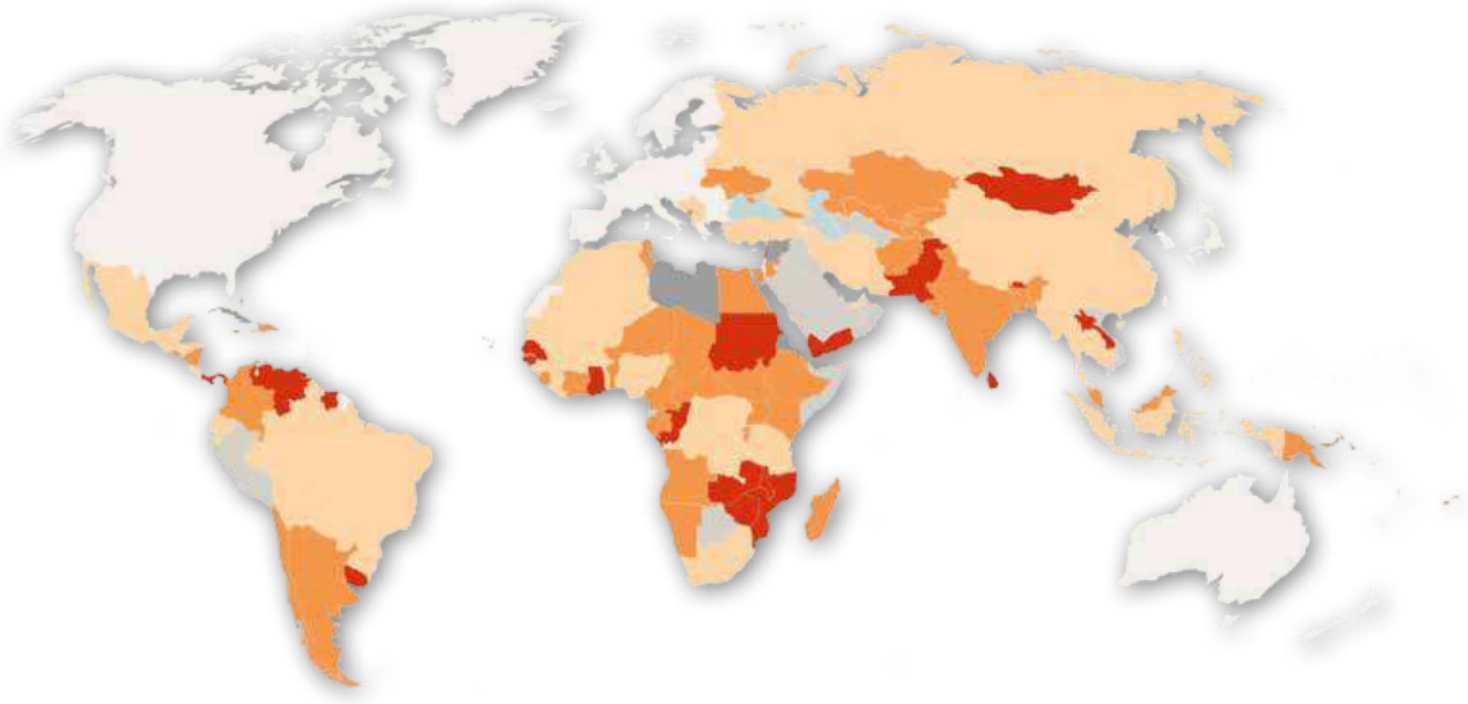
Verbindung anti-kolonialer Kämpfe

Akteur*innen aus dem Globalen Norden sollten die antikolonialen Haltungen ihrer zukünftigen politischen Partner*innen aus dem Globalen Süden ernster nehmen und berücksichtigen, dass es für diese immer mehr Alternativen für politische, kulturelle und wirtschaftliche Zusammenarbeit gibt. Sie sollten vor allem den strukturellen Rassismus in vielen ihrer Politikfelder abbauen und so die viel beschworene gleiche Augenhöhe gewährleisten. Zusätzlich sollten sie von Aktivist*innen aus dem Globalen Süden lernen, Spiritualität mit politischen Kämpfen im Sinne von Ubuntu, Sankofa, Sumak Kawsay und Pacha Mama zu verbinden und so ihrem Kampf eine spirituelle Kraft und Dynamik zu geben.

Akteur*innen aus dem Globalen Süden sollten sich mehr mit progressiven politischen und zivilgesellschaftlichen Bewegungen, Netzwerken und Organisationen verbinden und in ihnen Unterstützer*innen im antikolonialen Kampf finden. Sie sollten sich stärker gegen korrupte Eliten in ihren eigenen Ländern wenden, die heute den Platz und die Rolle ehemaliger Kolonialmächte eingenommen haben und als bedeutender Akteur globaler Ungerechtigkeit Kolonialitäten aufrechterhalten.



Abdou-Rahime Diallo stammt aus Guinea. Seit 2005 ist er als Berater für Antirassismus, Dekolonisierung und Empowerment tätig. Aktuell ist er für die inhaltliche Leitung des Kompetenznetzwerks Anti-Schwarzer-Rassismus (KomPAD) beim ISD zuständig und Geschäftsführer von Diaspora Policy Interaction.



HISTORISCHE UND AKTUELLE ZUSAMMENHÄNGE

Schulden als neokoloniales Machtinstrument

Frühkapitalistische Kreditfinanzierung als Treiber kolonialer Ausbeutung

Schulden spielten von Anfang an eine zentrale Rolle bei der gemeinsamen Entstehung einer kapitalistischen Wirtschaftsweise und des europäischen Kolonialismus. Denn bei der westlichen Kolonialisierung handelte es sich zunächst meist um privatwirtschaftliche Unternehmungen, die durch Kredite finanziert wurden. Zwar waren auch andere Großmächte technisch bereits früh in der Lage, vergleichbare Expeditionen durchzuführen; diese führten jedoch nicht zur langfristigen Etablierung von Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnissen. Ein Beispiel dafür sind die Expeditionen des chinesischen Admirals Zheng He, der im Dienst des Ming-Kaisers zwischen 1405 und 1433 – also gut 80 Jahre vor den ersten vergleichbaren europäischen Expeditionen in den asiatischen Raum – mehrere weitgehend friedliche Expeditionen unternahm.

Im Gegensatz zu den hoheitlich finanzierten Expeditionen Zheng Hes standen die europäischen Kolonisatoren aufgrund der Kreditfinanzierung ihrer Unternehmungen unter einem früh-kapita-

listischen Verwertungsdruck. Wissenschaftler wie der israelische Historiker Yuval Noah Harari und der US-amerikanische Kulturanthropologe David Graeber argumentieren, dass dieser Druck ein wesentlicher Faktor ist, um die systematische Ausbeutung und die damit verbundenen Grausamkeiten des europäischen Kolonialismus zu verstehen.

Schulden als Verschleierung kolonialer Ausbeutung

Schulden dienten auch der Verschleierung und Legitimierung kolonialer Ausbeutung. Private Aufzeichnungen des US-Präsidenten Thomas Jefferson belegen, dass Schulden gezielt zur Landaneignung genutzt wurden: Indigene Gruppen wurden bewusst in die Überschuldung getrieben, um ihr Land anschließend zu pfänden. Auch die Einführung der Kopfsteuer, die in der Währung der Kolonialmächte zu entrichten war, maskierte koloniale Ausbeutung. Diese illegitime finanzielle Schuld zwang die Kolonisierten dazu, beispielsweise auf Plantagen zu arbeiten, um die erforderliche Währung für die Kopfsteuer zu verdienen. Häufig reichte der Lohn lediglich aus, um die auferlegte Schuld zu begleichen, was zu sklavenähnlichen Arbeitsbedingungen führte.

Diese Praktiken nahmen zu, als die offene Versklavung zunehmend unter Rechtfertigungsdruck geriet. So schuf das Auferlegen von Schulden einen Legitimationsschleier, der es den Kolonialmächten erlaubte, anhaltende Ausbeutungsverhältnisse zu legitimieren.

Schulden als Preis der Unabhängigkeit

Im Zuge der Dekolonisation dienten Schulden dazu, Herrschaftsverhältnisse fortzuführen. Zwar wurden die neu entstandenen Staaten formal unabhängig. Als Preis für die Unabhängigkeit wurden ihnen jedoch bisweilen hohe Schulden auferlegt.

Ein bekanntes Beispiel dafür ist Haiti, das 1804 seine Unabhängigkeit von Frankreich erkämpfte. Frankreich zwang Haiti daraufhin, 150 Millionen Goldfranken als „Entschädigung“ für den „verlorenen Besitz“ zu zahlen. Dabei rechnete Frankreich den Verlust der versklavten Menschen und ihrer Arbeitskraft in die eigene Verlustrechnung gegenüber dem haitianischen Staat ein. Diese Schuldenlast ruinierte das Land wirtschaftlich und zwang es, über 100 Jahre Kredite aufzunehmen und die Wirtschaft auf Rohstoffexporte auszurichten. Ähnlich erging es der Republik Kongo, die nach der Unabhängigkeit gezwungen wurde, die Schulden ihrer belgischen Kolonialmacht zu übernehmen – und so die Kosten ihrer eigenen Ausbeutung zu zahlen. Schulden wurden somit als Mittel eingesetzt, um die wirtschaftliche Abhängigkeit der ehemaligen Kolonien zu zementieren.

Koloniale Kontinuitäten bis heute

In vielen Ländern dürften die heute ausstehenden Verbindlichkeiten zwar nicht mehr unmittelbare Folge einer solchen von Kolonialmächten direkt aufgezwungenen „Schuld“ sein. So wurden Anfang der 2000er-Jahre im Rahmen der sogenannten HIPC-Initiative (HIPC = Heavily Indebted Poor Countries) 36 der einkommensschwächsten Länder nahezu vollständig entschuldet.

Die mittelbaren Folgen der Kolonialzeit sind jedoch nicht zu übersehen. Die massive Vermögensungleichheit zwischen Globalem Norden und Süden, die Dominanz westlicher Währungen und die politische Macht der Industrieländer basieren zu großen Teilen auf jahrhundertelanger kolonialer Ausbeutung. In Ländern des Globalen Südens wurden lokale Wirtschaftsstrukturen systematisch zerstört und die Wirtschaft auf den Export unverarbeiteter Rohstoffe ausgerichtet. Die daraus resultierende Abhängigkeit von schwankenden Weltmarktpreisen sowie von wirtschafts- und geldpolitischen Entwicklungen im Globalen Norden macht Länder des Globalen Südens heute signifikant anfälliger für Schuldenkrisen.

Schulden als Instrument neokolonialer Herrschaftspraktiken

Hohe Schuldenwerte von Ländern im Globalen Süden werden heute zudem als Instrument neokolonialer Herrschaftspraktiken genutzt. Anders als für überschuldete Privatpersonen und Unternehmen gibt es für kritisch verschuldete Staaten bisher kein Insolvenzverfahren. Damit gibt es auch keine festen Regelungen, unter welchen Umständen und in welcher Höhe Gläubiger auf

die Rückzahlung ihrer Forderungen verzichten müssen. Die Entscheidung über Umschuldungen und Schuldenerlasse hängt vielmehr vom Wohlwollen, beziehungsweise den (geo-)politischen und wirtschaftlichen Interessen der Gläubiger ab. Dabei spielen heute nicht nur westliche ehemalige Kolonialstaaten, sondern zunehmend auch „neue“ Gläubigerstaaten wie etwa China oder einige Golfstaaten eine wichtige Rolle. In den letzten zwei Jahrzehnten hat China die Gewährung von Schuldenerleichterungen und Neukrediten häufig daran gebunden, dass Schuldnerländer Maßnahmen umsetzen, die unmittelbar den chinesischen geopolitischen und wirtschaftlichen Interessen entsprachen.

Die westlichen Gläubigerstaaten, darunter Deutschland, haben sich bereits 1956 im sogenannten Pariser Club zusammengeslossen und untereinander zur „Gläubigersolidarität“ verpflichtet. Daraus resultiert auch, dass Schuldenerleichterungen nicht unmittelbar an die Interessen eines einzelnen Gläubigerstaates gebunden werden. Die Einflussnahme der Pariser Club-Staaten ist hingegen struktureller Art: Sie verpflichten Schuldnerländer dazu, ein Programm mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) einzugehen. Offiziell soll ein solches Programm die künftige wirtschaftliche Stabilität des Schuldnerlandes sicherstellen und verhindern, dass sich ein Land nach kurzer Zeit wieder in der Zahlungsunfähigkeit befindet. In der Vergangenheit bewirkten die Auflagen des IWF jedoch häufig genau das Gegenteil. So mussten afrikanische Staaten in den 1980er- und 1990er-Jahren im Schnitt siebenmal über die gleichen Verbindlichkeiten mit ihren westlichen Gläubigern verhandeln, da sich die zuvor vereinbarten Abkommen sowie die wirtschaftspolitischen Auflagen immer wieder als desaströs für die Länder erwiesen hatten.

Gleichzeitig stellten sich die Auflagen wie Währungsabwertung und Handelsliberalisierung als gewinnbringend für die Staaten und Unternehmen des Globalen Nordens heraus. Sie profitierten nicht nur von den niedrigen Rohstoffpreisen, sondern sicherten sich im Zuge von Privatisierungen auch die Zugriffs- und Abbaurechte relevanter Ressourcen.

Forderungen der Entschuldungsbewegung

Zivilgesellschaftliche Organisationen wie erlassjahr.de und Partnerorganisationen aus dem Globalen Süden kritisieren seit langem das undemokratische „One-Dollar-One-Vote“-Prinzip innerhalb des IWF, in dem Länder des Globalen Südens wenig Gehör finden. Schuldenpolitische Fragen sollten nicht in Institutionen wie dem IWF und der Weltbank verhandelt werden, die von den Ländern des Globalen Nordens dominiert werden. Stattdessen sollte dies unter dem Dach der Vereinten Nationen geschehen, wo jedes Land gleichberechtigt vertreten ist. Bei der Berechnung



des Schuldenerlassbedarfs müssen die sozialen und wirtschaftlichen Grundrechte der Bevölkerung des Schuldnerlandes prioritär gegenüber den Kapitalinteressen der Gläubiger berücksichtigt werden. Die Vierte UN-Konferenz für Entwicklungsfinanzierung, die im Sommer 2025 in Spanien stattfindet und für die sich vor allem Länder des Globalen Südens stark gemacht haben, bietet dafür einen wichtigen Ansatzpunkt.

Eine weitere Forderung der Entschuldungsbewegung betrifft den Bereich der sogenannten „illegitimen Schulden“. Nach einer verbreiteten Definition des russischen Völkerrechtlers Alexander Nahum Sack werden Schulden als illegitim bezeichnet, wenn sie ohne Zustimmung und Einbindung der Bevölkerung eines Landes aufgenommen wurden, wenn die Kreditaufnahme der Bevölkerung nicht nutzt oder sogar schadet, und wenn die Gläubiger von diesen Umständen wussten oder hätten wissen müssen. Die Entschuldungsbewegung fordert, dass diese illegitimen Schulden umstandslos und vollständig gestrichen werden. Schulden, die den formal unabhängigen Staaten von ihren ehemaligen Kolonialmächten aufgezwungen wurden, können zu dieser Kategorie gezählt werden und sollten gestrichen werden.

Der Einsatz für eine gerechte Ausgestaltung der internationalen Produktions-, Handels- und Finanzstrukturen muss Teil der historischen Verantwortung des Globalen Nordens und damit auch Deutschlands sein. Als Teil der deutschen Zivilgesellschaft

wollen wir einen Beitrag dazu leisten, indem wir uns für die faire Ausgestaltung internationaler Schuldner-Gläubiger-Beziehungen einsetzen. Zudem verstehen wir es als unsere Aufgabe, die unmittelbaren und mittelbaren (neo-)kolonialen Ursachen von Verschuldung in unserer Arbeit kontinuierlich zu thematisieren, uns mit den entsprechenden Forderungen aus dem Globalen Süden auseinanderzusetzen und sie in unsere politische Arbeit einfließen zu lassen.

Das deutsche Entschuldungsbündnis „erlassjahr.de – Entwicklung braucht Entschuldung e. V.“ setzt sich dafür ein, dass den Lebensbedingungen von Menschen in verschuldeten Ländern mehr Bedeutung beigemessen wird als der Rückzahlung von Staatsschulden. Getragen wird erlassjahr.de bundesweit von mehr als 500 Organisationen aus Kirche, Politik und Zivilgesellschaft und ist eingebunden in ein weltweites Netzwerk nationaler und regionaler Entschuldungsinitiativen.



Malina Stutz hat einen Masterabschluss in Pluraler Ökonomik und ist seit 2021 Politische Referentin bei erlassjahr.de.

Und in Niedersachsen? Hier ein Statement des Kirchlichen Entwicklungsdienst (KED) aus Hannover, Mitglied im VEN und im Bündnis Erlassjahr.

Von der Schuldklaverei zum Insolvenzrecht

Schuldklaverei bildete den Kontext, in dem der Gedanke des Erlassjahrs entstand, eines periodisch durchzuführenden allgemeinen Schuldenerlasses, bei dem die zuvor wegen Überschuldung Versklavten sowohl freigelassen werden als auch ihr Erbland zurückerhalten sollten, um wieder ein eigenständiges Leben führen zu können. Diese und weitere Schuldenerlassregelungen finden sich im Heiligkeitsgesetz für das Volk Israel, das vor mehr als zwei Jahrtausenden Eingang in die jüdische Tora und dadurch auch später in die christliche Bibel fand (3. Buchs Mose, Kapitel 25).

Die Missbilligung ausbeuterischer Verhältnisse im Zusammenhang mit Überschuldung und die konsequente Mahnung zu Gegenmaßnahmen, die in diesem biblischen Kapitel überliefert sind, haben auch unter den völlig veränderten sozioökonomischen Rahmenbe-

dingungen unserer heutigen Zeit nicht an Relevanz verloren. Denn obwohl es für Unternehmen und Privatpersonen in Deutschland und vielen anderen Ländern bereits ein Insolvenzrecht gibt, das sich bewährt hat, wird diese rechtsstaatliche Errungenschaft bislang nicht genutzt, um auch im Hinblick auf von Überschuldung betroffene Staaten und deren Bevölkerung faire Lösungen zu erreichen.

Dieses Defizit der derzeitigen globalen Finanzarchitektur aufzuzeigen und zu diskutieren, ist eine wesentliche Aufgabe entwicklungspolitischer Bildungsarbeit. Das gilt ganz unabhängig davon, welche Zusammenhänge im konkreten Einzelfall zwischen der aktuellen Überschuldung eines Staates und (neo-)kolonialen Strukturen bestehen mögen. Entscheidend ist in jeder Schuldenkrise, dass staatliche Handlungsfähigkeit um der Bevölkerung willen durch faire und trans-

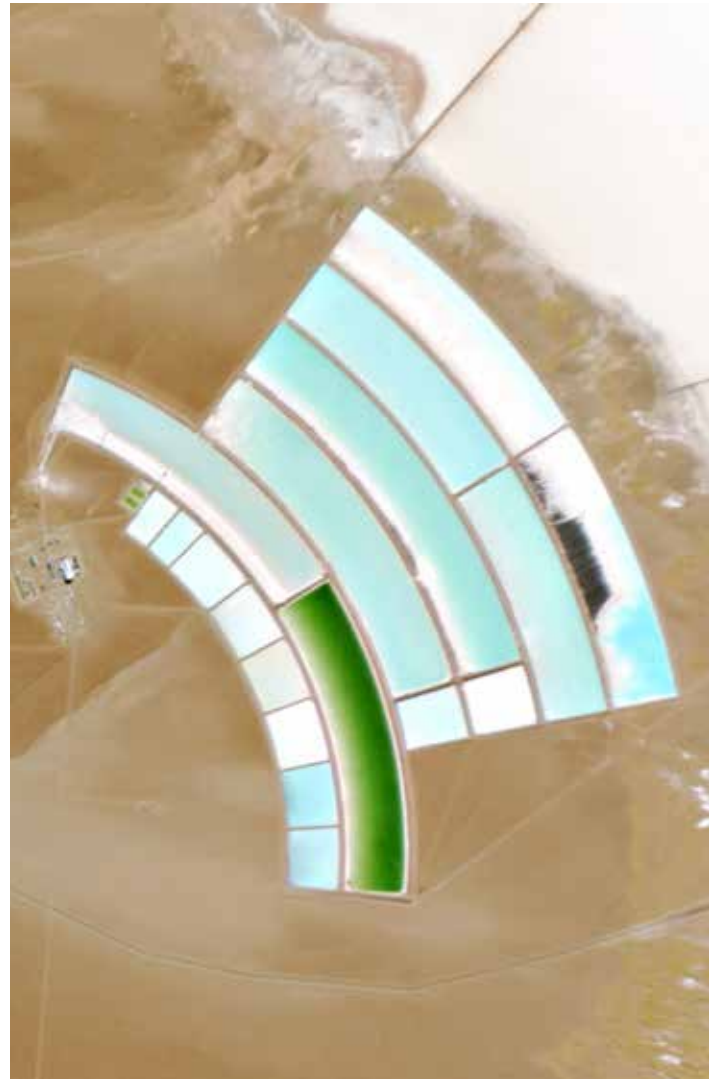
parente Verfahren hinreichend sichergestellt werden muss. Das Engagement der Kirchen auf diesem Gebiet orientiert sich an ihrem Verständnis der biblischen Botschaft, ist aber auch wesentlich durch die Erfahrungen geprägt, die sich aus ihren vielfältigen Beziehungen zu Kirchen in kritisch verschuldeten Staaten ergeben. Der Kirchliche Entwicklungsdienst (KED) in Hannover widmet sich dieser Thematik regelmäßig in seiner Bildungsarbeit in Niedersachsen sowie als Vertreter der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers im Bündnis „erlassjahr.de – Entwicklung braucht Entschuldung e.V.“, in dem kirchliche Organisationen die stärkste Säule bilden.

Andreas Kurschat, Referent beim Kirchlichen Entwicklungsdienst (KED) der ev.-luth. Landeskirchen in Braunschweig und Hannovers





Das Solarkraftwerk Mariental in Namibia: Aus der Luft zeigt sich der enorme Flächenverbrauch hinter der „Grünen“ Energiewende.



Salar de Olaroz in Argentinien: In riesigen Becken wird Lithium mit Hilfe von Wasser gewonnen – in einer der trockensten Regionen der Welt.

DIE DUNKLE SEITE DER SAUBEREN ENERGIE

Grüner Kolonialismus und das Rennen um Wasserstoff und Lithium

Der globale Wandel hin zu erneuerbaren Energien, getrieben von der dringenden Notwendigkeit, CO₂-Emissionen zu reduzieren und der Klimakrise entgegenzuwirken, bringt neue soziale und ethische Herausforderungen mit sich (Saito, 2023). Ein besonders kritisches Beispiel ist das Phänomen des „grünen Kolonialismus“. Dieser Begriff beschreibt die Fortsetzung kolonialer Muster von Rohstoffabbau und wirtschaftlicher Dominanz, die unter dem Deckmantel der Nachhaltigkeit auftreten. Schon in der Vergangenheit si-

cherten sich die Kolonialstaaten ihr Wachstum durch die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen und der billigen Arbeitskraft der Kolonien (Wallerstein, 1974). Heute zeigt sich ein ähnliches Muster: Länder des globalen Nordens greifen auf die Ressourcen des globalen Südens zurück, um die für ihre grüne Wirtschaft und die Aufrechterhaltung ihrer Lebensstile notwendigen Materialien und Energiequellen zu sichern. Dabei wird ihre wirtschaftliche und ökonomische Macht weiter gefestigt (Brand & Wissen, 2017; 2024).

Grüner Kolonialismus und Energiewende

Das Problem ist, dass trotz der ökologischen Vorteile dieser neuen Technologien der Abbau von Ressourcen wie Lithium für Batterien oder die Infrastruktur zur Erzeugung von grünem Wasserstoff negative Auswirkungen auf die Länder hat, in denen diese Ressourcen abgebaut werden. Die lokalen Gemeinschaften sehen sich gezwungen, mit Umweltzerstörung, Vertreibung und dem Verlust der Souveränität über ihre eigenen Ressourcen umzugehen.

Mit der steigenden globalen Nachfrage nach klimafreundlicher Technologie wächst auch der Druck auf diese Länder, die häufig auf den Export ihrer Rohstoffe angewiesen sind. Der deutsche Soziologe Stephan Lessenich (2018) bezeichnet dies als Externalisierungsgesellschaft, in der die reichen Länder die ökologischen und sozialen Kosten ihres Massenkonsums in die global ärmeren Regionen auslagern. Im Falle von grünem Wasserstoff und Lithium tragen die Länder des globalen Südens die Kosten der Energiewende. Sie erleben die Folgen wie Umweltzerstörung, Ausbeutung von Arbeitskräften und Vertreibung von lokalen Gemeinschaften, was die gleichen extraktiven Dynamiken widerspiegelt, die koloniale Projekte in der Vergangenheit kennzeichneten.

Der grüne Kapitalismus untergräbt seine eigenen Ziele, indem er im Namen von vermeintlich umweltfreundlichem Wirtschaftswachstum die Grundlagen von ökologischer Nachhaltigkeit und sozialer Gerechtigkeit zerstört (Fraser, 2022). Während die Länder des globalen Nordens, wie Deutschland, in Richtung einer grünen Wirtschaft voranschreiten, könnten die Länder des globalen Südens in ausbeuterischen Dynamiken gefangen bleiben, die ihr eigenes nachhaltiges Wachstum behindern.

Potenzial und Herausforderungen der Energiewende in Deutschland

Als eine der zentralen technischen Lösungen für eine umweltfreundlichere Wirtschaft in Deutschland wird vor allem Grüner Wasserstoff immer wieder genannt. Grüner Wasserstoff wird durch erneuerbare Energien erzeugt und soll vor allem die Emissionen in der Stahl, Chemie und Luftfahrtbranche senken. Deutschland, das sich verpflichtet hat bis 2045 klimaneutral zu werden, sieht in grünem Wasserstoff eine Schlüsseltechnologie, um seine Klimaziele zu erreichen. Aufgrund geografischer Einschränkungen verfügt Deutschland jedoch nicht über ausreichende Kapazitäten zur Erzeugung von erneuerbarer Energie, um den gesamten benötigten grünen Wasserstoff selbst zu produzieren. Deshalb richtet es seinen Blick auf das Ausland, insbesondere auf Regionen mit großem Potenzial für Solar- und Windenergie wie Afrika und Lateinamerika. Aus einer kritischen Perspektive des grünen Kolonialismus wirft diese Abhängigkeit von importiertem grünem Wasserstoff erhebliche Bedenken auf.

Namibia hat sich aufgrund seines enormen Potenzials zur Erzeugung erneuerbarer Energien, insbesondere aus Wind- und Sonnenenergie in seinen weiten Wüstengebieten, zu einem Schlüsselakteur in der Produktion von grünem Wasserstoff entwickelt. Die namibische Regierung hat Partnerschaften mit ausländischen Unternehmen, hauptsächlich aus Europa gefördert, um große Projekte zur Produktion von grünem Wasserstoff voranzubringen.

Eines der größten Projekte ist das Tsau //Khaeb-Projekt an der Südküste des Landes, das vom deutschen Staat gefördert wird und darauf abzielt, grünen Wasserstoff für den Export auf europäische Märkte zu produzieren. Diese Projekte werden, von staatlichen Stellen als Gelegenheit dargestellt, mehr Investitionen anzulocken und somit neue Arbeitsplätze zu schaffen. Bei lokalen Gemeinschaften und Aktivist*innen aus der Zivilgesellschaft lösen diese Projekte jedoch Bedenken aus. Die Produktion von grünem Wasserstoff erfordert große Mengen an Wasser für den Elektrolyseprozess, was in einem Land mit bereits bestehenden Wasserknappheiten problematisch ist. Zudem werden die Gebiete, in denen diese Projekte entwickelt werden, von indigenen und ländlichen Gemeinschaften genutzt, die auf diese Ressourcen angewiesen sind. Sorgen um Vertreibungen, Landnahme und fehlende direkte Vorteile für die lokalen Bewohner werden immer häufiger.

Während Deutschland in seiner Energiewende voranschreitet, muss es sich der inhärenten Widersprüche in seiner Strategie stellen: der Abhängigkeit von externen Ressourcen zur Erreichung einer internen Dekarbonisierung. Grüner Wasserstoff ist zwar ein Schlüssel zur ökologischen Nachhaltigkeit, doch seine Produktion in Ländern des globalen Südens wirft Fragen zur sozialen Gerechtigkeit und globaler Fairness auf.

Das neue „weiße Gold“ und die Ausbeutung natürlicher Ressourcen

Lithium, auch als „weißes Gold“ bezeichnet, ist eine weitere entscheidende Ressource für den Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft. Es ist ein Schlüsselement für wiederaufladbare Batterien, die Elektrofahrzeuge und andere technologische Geräte antreiben. Die steigende Nachfrage nach Elektrofahrzeugen hat die weltweite Nachfrage nach Lithium in die Höhe getrieben, was die Reserven dieses Minerals zu einem geopolitischen und wirtschaftlichen Faktor gemacht hat.

Deutschland, dessen Automobilindustrie eine der größten der Welt ist, ist auf Lithium angewiesen, um Batterien herzustellen und seine Elektrifizierungsziele zu erreichen. Allerdings befinden sich die weltweit größten Lithiumvorkommen im sogenannten „Lithium-Dreieck“, das Teile von Bolivien, Chile und Argentinien umfasst. In diesen Ländern hat der Lithiumabbau zu Spannungen mit den lokalen Gemeinschaften geführt, da dieser Abbau zur Umweltzerstörung und der Aneignung von Wasserressourcen geführt hat, die für die Landwirtschaft und das tägliche Leben der lokalen Gemeinschaften unerlässlich sind.

Beispielsweise in Chile, das über die größten Lithiumreserven der Welt verfügt. Die Vorkommen konzentrieren sich in der Atacama-Wüste, einer der trockensten Regionen der Welt. Hier beuten multinationale Unternehmen wie Albemarle und SQM diese Ressource aus, um die wachsende internationale Nachfrage zu befriedigen. Der Abbau hat vor Ort jedoch zu ernsthaften Konflikten mit indigenen Gemeinschaften und lokalen Umweltaktivisten geführt. Denn die Produktion von Lithium im Salar de Atacama erfordert große Wassermengen, was die ohnehin extreme Wasserknappheit in der Region noch verschärft hat. Die indigenen Atacameños, die auf das Wasser für ihre Landwirtschaft und

zur Erhaltung ihrer Ökosysteme angewiesen sind, beklagen die Verringerung und die Verschmutzung des Grundwassers. Zudem kritisieren sie den Mangel an Beteiligung an den Entscheidungen über die Nutzung ihrer Territorien. Trotz der Versprechen wirtschaftlicher Vorteile wurde der durch Lithium erwirtschaftete Wohlstand größtenteils von ausländischen Unternehmen und dem privaten Sektor abgeschöpft, während die lokalen Gemeinschaften unter den Umweltauswirkungen leiden.

Die Mechanismen des grünen Kolonialismus werden hier deutlich: Große ausländische Unternehmen, darunter auch deutsche, setzen lokale Gemeinschaften unter Druck und beuten natürliche Ressourcen aus – auf Kosten ihrer Rechte und der ökologischen Nachhaltigkeit. Obwohl diese Projekte als wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten präsentiert werden, konzentrieren sich die Gewinne in den Händen einiger multinationaler Unternehmen, während die sozialen und ökologischen Kosten von den lokalen Bevölkerungen getragen werden.

Deutschlands Energiestrategie und ihre globalen Auswirkungen

Deutschland, das lange als Vorreiter in der Energiewende galt, hat eine Reihe von politischen Maßnahmen zur Klimaneutralität eingeführt und ist führend bei der Einführung erneuerbarer Energien und der Elektrifizierung seiner Wirtschaft. Die Abhängigkeit von Schlüsselressourcen wie grünem Wasserstoff und Lithium und die Notwendigkeit, diese aus dem globalen Süden zu importieren, bringt Deutschland jedoch in eine schwierige Position im Hinblick auf Klimagerechtigkeit und ethische Fragen.

Die Gewinnung dieser Ressourcen, sowie die globalen Handelsstrukturen bleiben in einer Kontinuität kolonialer Ausbeutungsstrukturen. Deutschland hat zwar Vorschriften und Richtlinien eingeführt um gerechtere Handelspraktiken zu fördern, wie z.B. die Achtung der Menschenrechte und die ökologische Nachhaltigkeit in den Lieferketten. Allerdings müssen diese Maßnahmen auch kontrolliert und durchgesetzt werden. Zusätzlich muss überprüft werden ob diese Maßnahmen ausreichen, um die Fortsetzung der ausbeuterischen Praxis zu verhindern.

Wenn Deutschland seine Führungsrolle in der Energiewende aufrechterhalten will, muss es dieses Dilemma angehen und Wege finden, um sicherzustellen, dass der Übergang nicht auf Kosten der Länder erfolgt, die die Schlüsselerzeugnisse für seine grüne Revolution liefern.

Fazit

Die globale Energiewende stellt eine grundlegende Herausforderung dar: Wie kann ein nachhaltigeres Zukunftsmodell umgesetzt werden, ohne die Ausbeutungsdynamiken des globalen Kapitalismus zu reproduzieren? Der Begriff grüner Kolonialismus erinnert uns daran, dass, während Länder des globalen Nordens in Richtung Dekarbonisierung voranschreiten, der Druck auf die natürlichen Ressourcen des globalen Südens zunimmt. Grüner Wasserstoff und Lithium, die für diesen Übergang entscheidend sind,

machen die Risiken eines wirtschaftlichen Modells sichtbar, das die sozialen und ökologischen Kosten auf die Peripherien auslagert.

Es ist zwar von entscheidender Bedeutung, auf eine nachhaltige Wirtschaft hinzuarbeiten, um dem Klimawandel zu begegnen, doch ebenso wichtig ist es, sicherzustellen, dass dieser Übergang für alle gerecht ist. Deutschland muss sicherstellen, dass sein Entwicklungsmodell nicht dieselben Strukturen von Ausbeutung und Ungleichheit reproduziert, die den Kolonialismus geprägt haben. Nur so kann die Energiewende wirklich nachhaltig sein, nicht nur für die Umwelt, sondern auch für die Gesellschaften, die von diesen Ressourcen abhängig sind.

Darüber hinaus ist die Energiewende tief in eine neue Geopolitik der Ressourcen eingebettet, die die globalen Machtverhältnisse neugestaltet. Während die Länder des globalen Nordens um den Zugang zu strategischen Ressourcen konkurrieren, entsteht ein neues Wettrennen um Energie, das nicht nur die Wirtschaft und den Handel, sondern auch die Diplomatie und internationale Sicherheit beeinflusst. Dieser Wettbewerb um die Vorherrschaft im Bereich der grünen Energien, bei dem Länder wie Deutschland, China und die Vereinigten Staaten an der Spitze stehen, stellt erhebliche Herausforderungen in Bezug auf globale Governance und Verteilungsgerechtigkeit dar. Ohne einen soliden ethischen und kooperativen Rahmen besteht das Risiko, dass sich Konflikte, Ungleichheiten und neue Formen der Abhängigkeit verstärken, was die eigentlichen Ziele der Nachhaltigkeit und einer gerechten Energiewende untergraben könnte.



Dr. Javier Lastra-Bravo ist Mitglied und im Vorstand des Center for Atlantic Studies an der Leibniz Universität in Hannover. Er forscht unter anderem zu Post- und Neokolonialismus, der Energiewende und der Rechte indigener Menschen.

Brand, U., & Wissen, M. (2017). Imperial Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalem Kapitalismus. oekom verlag.

Brand, U., & Wissen, M. (2024). Kapitalismus am Limit. Öko-imperiale Spannungen, umkämpfte Krisenpolitik und solidarische Perspektiven. Oekom.

Fraser, N. (2022). Cannibal Capitalism: How our System is Devouring Democracy, Care, and the Planet – and What We Can Do About It. New York: Verso.

Lessenich, S. (2018). Neben uns die Sintflut: Wie wir auf Kosten anderer leben. Munich: Piper.

Saito, K. (2023). Systemsturz: Der Sieg der Natur über den Kapitalismus. dtv.

Wallerstein, I. (1974). The Modern World System: Capitalist Agriculture and the Origins of the European World Economy in the Sixteenth Century. London / Los Angeles: Academic Press.



RÜCKBLICK AUF DAS VEN-NETZWERK-MEETING AM 16.11.24 IN HANNOVER

Kritischer Blick auf Fluchtursachen Neue Ideen für mehr Gerechtigkeit weltweit

Der VEN ist überzeugt: Im Kontext der herausfordernden politischen Zeiten ist die Vernetzung innerhalb der Zivilgesellschaft entscheidender denn je. Nur gemeinsam können wir dekoloniale Perspektiven voranbringen, globale Gerechtigkeit fördern und ein breites, solidarisches Bündnis aufbauen um die Kontinuitäten kolonialer Strukturen abzubauen. Unsere Positionen und Ressourcen nutzen wir gezielt, um die Zusammenarbeit zwischen Akteur*innen zu stärken und unsere gemeinsame Wirkung zu erhöhen.

Mit diesem Ziel vor Augen haben wir für die Planung und Gestaltung unserer Veranstaltung „Kritischer Blick auf Fluchtursachen“ diverse Aktivist*innen eingeladen. Über unsere Vernetzungsplattformen, darunter eine Mailingliste mit über 80 Teilnehmenden, konnten wir Menschen zusammenbringen, die durch ihre Impulse und Perspektiven entscheidend zum Gelingen der Tagung beigetragen haben. Wir danken allen, die dabei waren, für ihren Einsatz und die Bereicherung unserer Arbeit!

Du hast Interesse an dekolonialem Engagement und willst dich vernetzen und austauschen? Der offene Emailverteiler des VEN unterstützt dich dabei!

Kontakt: mudrack@ven-nds.de



Kolonialismus und Flucht: Verbindungen aufdecken

Die Veranstaltung fand am 16. November 2024 in der VHS Hannover statt. Hier thematisierten wir die Verflechtungen von Kolonialismus und Fluchtursachen. Die Veranstaltung brachte eine vielfältige Gruppe von Teilnehmenden zusammen – darunter Aktivist*innen, Wissenschaftler*innen und Interessierte –, die sich kritisch mit den globalen Ungerechtigkeiten auseinandersetzten, die bis heute aus kolonialen Strukturen resultieren.

Der Tag begann mit einem Vortrag von Abdu Rahmie Diallo, der die tiefgreifenden Verbindungen zwischen der kolonialen Vergangenheit und den heutigen Fluchtursachen beleuchtete. In den anschließenden Diskussionsrunden wurden zentrale Themen wie Koloniale Spuren in heutigen Kriegen am Beispiel Kameruns, Staatsschulden und Kolonialismus, Klimagerechtigkeit und grüner Kolonialismus sowie Rüstungsexporte und Fluchtursachen vertieft. Den Abschluss bildete eine lebhaftes Fishbowl-Diskussion zur zentralen Frage: Wie prägt die koloniale Vergangenheit heutige Fluchtursachen, und wie können dekoloniale Ansätze neue Wege zu globaler Gerechtigkeit aufzeigen? Die Teilnehmenden hatten dabei die Möglichkeit, aktiv Fragen zu stellen, sich einzubringen und eigene Perspektiven zu teilen.

Darüber hinaus bot die Veranstaltung einen intensiven internen Austausch. Die Gespräche untereinander trugen entscheidend zur Stärkung der Vernetzung bei und förderten zukünftige Kooperationen. Der Austausch von unterschiedlichen Perspektiven war

dabei besonders wertvoll. Für einen weiteren Höhepunkt sorgte der junge Aktivist Suraj Mailitafi in seiner Abschlussrede, die das Publikum mit klaren und eindringlichen Worten berührte. Er zeigte auf, wie in heutigen Zeiten für gesellschaftliche Probleme oft vermeintliche einfache Ursachen gesucht werden, eine Strategie, die von den tieferliegenden strukturellen Problemen und Ungerechtigkeiten ablenkt. Er stellte dabei klar heraus, dass egal bei welchem Thema, aktuell immer fälschlicherweise eine Ursache genannt wird: Migration.

Die Veranstaltung zeigte eindrücklich, wie wichtig es ist, koloniale Machtstrukturen zu hinterfragen und dekoloniale Ansätze in die zivilgesellschaftliche Arbeit zu integrieren. Sie bot nicht nur kritische Reflexion, sondern auch Lösungsansätze, um gemeinsam gegen globale Ungerechtigkeiten vorzugehen. Die Tagung zeigte, wie viel Potenzial in der Zusammenarbeit von Einzelpersonen und Organisationen liegt. Wir freuen uns auf zukünftige Vernetzungstreffen und Veranstaltungen, um diesen Dialog weiterzuführen.

Die Tagung wurde im Rahmen des Projektes „Information, Vernetzung und Impulse“ von der niedersächsischen Staatskanzlei finanziert und in pädagogischer Verantwortung des Verband Niedersächsischer Bildungsinitiativen e.V. sowie mit Unterstützung der VHS Hannover durchgeführt.

Flucht und Kolonialismus: Wie hängt das zusammen?

BRENDA DAVINA

Für mich sind die Fluchtbewegung, die wir aktuell betrachten oder in der Vergangenheit gesehen haben, eine unmittelbare Folge des brutalen Zeitalter des Kolonialismus. Ich sehe die Verantwortung in der Gesellschaft sich die grundsätzliche Frage zu stellen, warum es Flucht überhaupt gibt und was wir damit zu tun haben. Ich bin überzeugt, dass wir in Niedersachsen Orte und Gelegenheiten schaffen können, an denen Menschen verstehen, wie es zu Flucht und Vertreibung gekommen ist. Denn vielen Menschen ist nicht bewusst, wieso Betroffene aus ihrem Land fliehen müssen. Auch finde ich es wichtig, zivilgesellschaftliche Akteure bei ihrer Arbeit für globale Gerechtigkeit zu unterstützen. Dies gilt sowohl für Niedersachsen, als auch in den ehemaligen Kolonien.

JAN FOMBOH

Flucht und Kolonialismus sind untrennbar miteinander verbunden. Das Bildungssystem in Afrika ist stark vom Kolonialismus geprägt. In Kamerun, meinem Geburtsland, wurde es von den Kolonialmächten eingeführt. Die Traditionen und Chancen Kameruns sowie die negativen Auswirkungen des Kolonialismus werden nur selten oder gar nicht thematisiert. Stattdessen wird vermittelt, dass der Weg zum Erfolg nur über Europa führt. Dieser Gedanke wird unbewusst in den Köpfen vieler Menschen verankert. Schon seit unserer Kindheit wird uns die Vorstellung vermittelt, dass es nur ein erfülltes Leben gibt, wenn man es nach Europa schafft. Flucht und Kolonialismus sind daher nicht voneinander zu trennen, denn die Ursachen für die heutige Fluchtbewegung haben ihre Wurzeln im Kolonialismus.

AZIZ LAMERE

Flucht und Kolonialismus haben viel miteinander zu tun. Während der sogenannten Kolonialzeit wurden die kolonisierten Gebiete durch die Länder des Globalen Nordens systematisch ausgebeutet. Diese besteht bis heute fort und macht das Leben dort sehr schwer. Die Ausbeutung hat im Globalen Süden die Lebensgrundlage von Menschen zerstört und Armut installiert. Im Globalen Norden hat sie den Wohlstand gefördert. Es ist logisch, dass Menschen dorthin gehen, wo ihre ausgebeuteten Ressourcen den Wohlstand geschaffen haben. Darum ist der kritische Blick auf diese Ausbeutung so wichtig. Dieser muss durch mehr Sensibilisierungs-, Informations- und Bildungsarbeit gefördert werden, um ein Bewusstsein für Ungerechtigkeit bei den Menschen im Globalen Norden zu erzeugen.

DR. JANA OTTO

Viele Ursachen, die dazu führen, dass Menschen fliehen müssen, haben ihren Ursprung im Kolonialismus. Ein wichtiger Punkt ist die gesellschaftliche Ungleichheit, die in den kolonisierten Gebieten geschaffen wurde. Dies geschah durch die Schaffung unterschiedlicher Rechtssysteme, sowie Enteignungen, die im großen Stil stattfanden. Die Folge ist, dass der Reichtum, sowie der Zugang zu gesellschaftlicher Teilhabe in vielen postkolonialen Staaten sehr ungleich verteilt ist. Damit geht einher, dass Menschen, die ohnehin schon sehr wenige Möglichkeiten oder Besitz haben, schlechtere Chancen haben sich anzupassen, wenn es gesellschaftliche Veränderungen oder Kriege gibt. Diese Menschen sehen im Verlassen ihres Landes den einzigen Weg für ein menschenwürdiges Leben.



Wissenschaftliche Koordinatorin „Koloniales Erbe“ bei der Landeshauptstadt Hannover



Vorsitzender des Vereins „Kleine Projekte für eine gesunde Mitte“ e. V. aus Oldenburg



Stellvertretender Vorsitzender des „Bündnis für Entwicklungspolitik mit Afrika e.V.“ aus Berlin



Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Historischen Seminar der Leibniz Universität Hannover



Laidlaw Peringanda erläutert historische Fotografien im Swakopmund Genocide Museum

AUSTAUSCH UND KOOPERATION AUF DER ZIVILGESELLSCHAFTLICHEN EBENE

Das Swakopmund Genocide Museum

Spuren und Kontinuität deutscher Kolonialzeit

Swakopmund, eine touristisch sehr beliebte Küstenstadt in Namibia mit etwa 76.000 Einwohner*innen, trägt bis heute deutliche Spuren der deutschen Kolonialzeit. Der Stadtkern ist geprägt von kolonialer Architektur, deutschen Straßennamen und Denkmälern sowie einer kolonial geprägten Landschaft wie etwa permanent bewässerte Parks. Im Stadtkern konzentriert sich auch die ökonomische Macht der weißen Minderheit. Diese hat nach wie vor großen Einfluss auf die Stadt und das Umland. Während der deutschen Kolonialherrschaft wurde die Schwarze Bevölkerung gezwungen, abseits des von deutschen Siedler*innen geprägten Stadtzentrums zu wohnen. In Swakopmund gab es zudem Konzentrationslager, die während des ersten Völkermords des 20. Jahrhunderts gegen Herero, Nama, Damara und San errichtet wurden. Während der Apartheid, als Namibia unter südafrikanischer Verwaltung stand (1920–1990), wurde die Trennung zwischen weißen Siedler*innen und Schwarzen Menschen weiter verfestigt. Das Leben in den Randbezirken war nach rassistischen Hierarchien organisiert. Diese kolonialen und apartheidbedingten Strukturen prägen Namibias Gesellschaft bis heute.

Das Swakopmund Genocide Museum

Das 2015 von Laidlaw Peringanda gegründete und 2019 offiziell registrierte Museum befindet sich in Matutura. Dieser von der Schwarzen Bevölkerung bewohnte Stadtteil liegt weit entfernt vom touristischen Zentrum Swakopmunds. Das Museum widmet sich der Geschichte und der Erinnerung an den Völkermord von 1904 bis 1908. Es zeigt Fotos, Artefakte und Dokumente aus dieser Zeit, insbesondere zu den Konzentrationslagern in Swakopmund und auf Shark Island bei Lüderitz. Die Recherche nach menschlichen Überresten in Museen, Universitäten und Privatsammlungen weltweit ist zentral für die Arbeit des Museums. Die Bemühungen konzentrieren sich auf deren Rückführung für eine würdige Bestattung in Namibia. Das Museum restauriert außerdem viermal jährlich nicht gekennzeichnete Gräber

von Völkermordopfern in Swakopmund. Darüber hinaus werden Student*innen, Schüler*innen und Tourist*innen über diese Gewaltgeschichte informiert. Das derzeit von Laidlaw Peringanda und Ningiree Kauvee geleitete Museum möchte seine Ausstellungen erweitern und jungen Menschen aus den vom Völkermord betroffenen Gruppen die Möglichkeit geben, in Deutschland zu studieren. Derzeit werden Informationen über eine Facebook-Seite des Museums an ein lokales und internationales Publikum weitergegeben. Sobald die Finanzierung gesichert ist, soll eine Website eingerichtet und die digitale Präsenz ausgebaut werden. Durch seine Bemühungen fördert das Völkermordmuseum Erinnerung, Gerechtigkeit und Bildung und stellt sicher, dass die Erinnerung an die Vergangenheit dazu beiträgt, eine gerechtere Zukunft zu schaffen.

Dekoloniale Praxis im Austausch

Eine Praxis des Austauschs bot der Aufenthalt von Laidlaw Peringanda im November und Dezember 2024 in Deutschland. In verschiedenen Städten hat er über die Geschichte des Genozids und seinen Nachwirkungen, über das Beschweigen vieler Deutsch-Namibier*innen sowie über Probleme der Verhandlungen zwischen der deutschen und namibischen Regierung zur Anerkennung des Genozids und Entschädigungszahlungen berichtet. In diesem Rahmen wurden auch die visualisierten Ergebnisse der Recherche der Forschungsagentur Forensic Architecture zu den Konzentrationslagern in Swakopmund gezeigt (<https://forensic-architecture.org/investigation/swakopmund>).

Laidlaw Peringanda, Ningiree Kauvee (Swakopmund, Namibia)

Katharina Hoffmann (Oldenburg, Deutschland)

Kontakt und Infos: Swakopmund Genocide Museum

www.facebook.com/swakopmund.genocidemuseum

swakop.genocide.museum@gmail.com, +264 85 704 2451

Spenden sind willkommen.



LENA NZUME (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) & STEFAN POLITZE (SPD)

Die koloniale Vergangenheit und ihre Folgen stärker ins Bewusstsein rücken!

Als niedersächsische Regierungsparteien liegt uns das Thema koloniale Kontinuitäten besonders am Herzen. Wir sehen die Aufarbeitung der Kolonialgeschichte als ein Schlüssel für eine gerechtere Zukunft in Niedersachsen und bundesweit. Die Spuren des Kolonialismus beeinflussen bis heute viele Bereiche, von wirtschaftlichen Strukturen bis hin zu rassistischen Denkmustern.

Wir wollen diese historischen Ungerechtigkeiten aufdecken, aufarbeiten und Wege zur Wiedergutmachung finden. Das haben wir uns im rot-grünen Koalitionsvertrag fest vorgenommen, um die koloniale Vergangenheit und ihre Folgen stärker ins Bewusstsein zu rücken. Insbesondere im föderalen System haben wir die Mittel die Kolonialgeschichte tiefer in die landesweite Bildungspolitik zu integrieren. Unsere Maßnahmen im Überblick:

1. Lehrpläne und Schulbücher überarbeiten Wir wollen eine einseitige, auf europäische Perspektiven verengte Darstellung der Kolonialgeschichte überwinden. Die Erfahrungen und Perspektiven von Menschen aus den ehemals kolonisierten Staaten sollen stärker berücksichtigt werden, um eine gerechtere Darstellung zu ermöglichen. Außerdem soll die explizit deutsche Kolonialgeschichte stärker fokussiert und behandelt werden.

2. Provenienzforschung stärken Wir fördern die Erforschung der Herkunft von Kulturgütern, die während der Kolonialzeit nach Deutschland gelangten. Das Ziel ist es, diese Objekte gegebenenfalls zurückzugeben. Viele Museen in Niedersachsen enthalten solche geraubten Kulturgüter. Diese Spuren des Kolonialismus müssen sichtbar gemacht und kritisch hinterfragt werden.

3. Erinnerungskultur erweitern Wir möchten die Erinnerung an verschiedene Opfergruppen erweitern und die Zusammenhänge zwischen Kolonialismus, Rassismus und Nationalismus deutlicher machen. Dabei wollen wir die demokratische Vielfalt und die unterschiedlichen Erinnerungen innerhalb der Gesellschaft als Stärke betonen. Im Jahr 2024 haben wir zu dieser Thematik drei Fachgespräche im niedersächsischen Landtag durchgeführt und werden auch 2025 unsere Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft ausbauen.

Zusätzliche Schritte: In unserer Arbeit sehen wir den Austausch und die Impulse von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen als wichtige Unterstützung zur Erreichung unserer Ziele. Daher brauchen wir eine intensivere Unterstützung für Kolonialismus kritische Initiativen, Austauschprogramme mit Ländern des sogenannten Globalen Sü-

den und mehr Mittel für die Forschung und Bildung in diesem Themenbereich. Wichtig ist uns auch, die Stimmen der Menschen mit internationaler Familiengeschichte stärker in den öffentlichen Diskurs einzubinden.

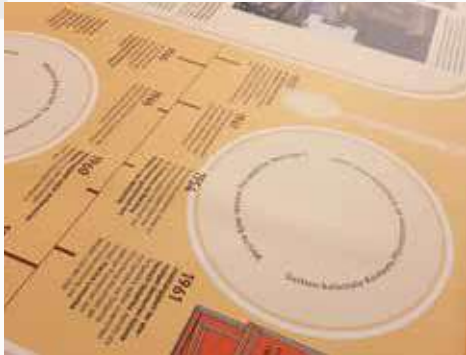
In diesem Jahr haben wir den Austausch mit der Zivilgesellschaft vor allem durch Fachgespräche wie „Offen für neue Wege – Gesellschaftliche Veränderungen und die Erinnerungskultur“ gefördert, in denen wir gemeinsam die Relevanz und unterschiedliche Perspektiven der Erinnerungskultur und -politik diskutiert haben.

Für eine gerechtere und inklusivere Zukunft müssen wir die Aufarbeitung der Kolonialgeschichte vorantreiben. Niedersachsen hat das Potenzial, bei der Aufarbeitung bundesweit eine Vorreiterrolle einzunehmen. Eine umfassende Auseinandersetzung mit der Vergangenheit schafft die Grundlage für eine gerechtere und solidarisere Zukunft. Auch ein Landesantidiskriminierungsgesetz und Empowerment-Programme für Schwarze Schüler*innen gehören zu unseren Prioritäten.

Das Ziel ist klar: eine offene, gerechte und zukunftsorientierte Gesellschaft.

Lena Nzume. MdL Bündnis 90/Die Grünen. Mitglied des Stiftungsrats der Niedersächsischen Gedenkstätten, bildungspolitische Sprecherin und Sprecherin für Gedenkstätten.

Stefan Politze. MdL SPD. Stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Sprecher für Kultuspolitik sowie für Kirchen- und Religionsangelegenheiten.



INTERAKTIVE AUSSTELLUNG

Das Dinner: Ein dekoloniales Tischgespräch

2024 haben wir eine interaktive Ausstellung entwickelt, die sich mit den kolonialen Kontinuitäten in Niedersachsen auseinandersetzt. Gemeinsam mit Aktivist*innen von Göttingen Postkolonial, dem Netzwerk Dekolnordwest und Vielfalt Afrika Hannover e.V. entstand „Das Dinner – Ein dekoloniales Tischgespräch“. Ziel der Ausstellung ist es, die Spuren und Auswirkungen des Kolonialismus in unserer Gesellschaft sichtbar zu machen, besser zu verstehen und kritisch zu hinterfragen.

Koloniale Kontinuitäten sind in Niedersachsen und weit darüber hinaus allgegenwärtig – sie werden jedoch oft übersehen. Diese Ausstellung hilft, die Mechanismen von Macht und Gewalt, die aus kolonialen Strukturen bis heute wirken, zu erkennen. Dabei geht es nicht nur um Zahlen und Fakten: die Ausstellung gibt Einblicke in die Geschichten von Widerstandskämpfer*innen und in die Perspektiven von Aktivist*innen.

Die Ausstellung soll dazu anregen, sich mit den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zusammenhängen auseinanderzusetzen und die gemeinsame Verantwortung für die Aufarbeitung und Veränderung kolonialer Strukturen zu reflektieren. Sie lädt alle Besucher*innen dazu ein, Teil dieses wichtigen Dialogs zu werden und gemeinsam über Wege zu einer gerechteren Welt nachzudenken.

Unser Team und ihre Perspektiven: Ein herzliches Dankeschön gilt den Mitwirkenden, die diese Ausstellung mit ihren vielfältigen Perspektiven bereichert haben: Wilma Nyari (Dekolnordwest), Anastasia Nkumi Kuma (Vielfalt Afrika Hannover e.V.), Luise Plettner (Göttingen Postkolonial), Ningiree Kauvee (Swakopmund Genozid Museum. Ein besonderer Dank gilt Patricia Vester, die die Ausstellung kreativ konzipiert und den Prozess begleitet hat. Gemeinsam mit Grit Schmiedl aus Potsdam, die die Gestaltung und visuelle Umsetzung übernommen hat, wurden die komplexen Inhalte anschaulich und interaktiv aufbereitet.

Die Ausstellung wurde im Rahmen des VEN Projektes „Mit. Denken Niedersachsen dekolonial“ durch die Niedersächsische Bingo Umweltstiftung, Brot für die Welt sowie die Abriporta Stiftung gefördert.

AUSLEIHE UND WEITERE INFOS

Die Ausstellung kann im öffentlichen Raum für Aktionen und Bildungsprojekte genutzt werden. Sie besteht aus einem langem Tischtuch (6 m), das auf zwei aneinandergestellte Tapeziertische passt. Infos auf ven-nds.de und unserem Instagram-Kanal.

Interesse? Nehmen Sie Kontakt auf: info@ven-nds.de

Der Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen ist seit über 30 Jahren ein Zusammenschluss von über 100 Eine Welt-Initiativen und das Sprachrohr für Menschen, die sich in Niedersachsen für globale Gerechtigkeit einsetzen. Der VEN bietet eine Plattform zum Austausch und zur Vernetzung, berät seine Mitglieder vor Ort, qualifiziert mit Fortbildungen und Seminaren, koordiniert landesweite Kampagnen und Programme und stärkt damit zivilgesellschaftliches Engagement. Auf landespolitischer Ebene bringt der VEN globale Themen ein, wirbt für mehr Politikkohärenz und Verantwortung.



**VERBAND
ENTWICKLUNGSPOLITIK
NIEDERSACHSEN e.v.**

